

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 96 846 ppbn d
Telefax: 21 08 54

Inhalt

Manfred Opel MdB zu den Opfern der Gewalt am Golf und im Irak: Schweigen wäre das Schlimmste.

Seite 1

Dr. Gerhard Schmid MdEP zum Erfordernis, den "Weiße Kragen"-Kriminellen das Handwerk zu erschweren: Namen der EG-Subventionsbetrüger veröffentlichen.

Seite 2

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp zu den Dispositionen des Finanzplanungsrates: Neue Länder brauchen ausreichende finanzpolitische Perspektive.

Seite 3

Dokumentation

Den Versuch einer Bilanz des Golfkrieges haben Mitglieder der Naturwissenschaftler-Initiative

"Verantwortung für den Frieden" unternommen. (Teil I)

Seite 4

46. Jahrgang / 63

3. April 1991

Schweigen wäre das Schlimmste

Zu den Opfern der Gewalt am Golf und im Irak

Von Manfred Opel

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Es wird weiter gelitten und gestorben am Golf und im Irak. Saddam Hussein unterdrückt grausam alle Menschenrechte im Innern.

Niemand weiß genau, wieviel Opfer der Golfkrieg und die jetzige Unterdrückung wirklich forderten. Es gibt nur Schätzungen. Weder die USA noch der Irak haben offenbar ein Interesse daran, die genaue Zahl der Getöteten, Verwundeten, Verletzten, Vertriebenen und Ausgebombten zu nennen.

Die USA wollen den Schein des "Sauberen Sieges" wahren. Saddam läßt die Toten und die an den Kriegsfolgen Gestorbenen in Massengräbern verscharren. Niemand soll das wahre Ausmaß seiner als "Sieg" ausgegebenen Niederlage im Golfkrieg erkennen können. Und der Emir von Kuwait übt sich derweil ebenfalls in undemokratischer, blutiger Unterdrückung.

Es bewahrheitet sich einmal mehr, daß man mit militärischen Mitteln politische Konflikte nicht auf Dauer lösen kann. Am Golf herrschen weiter Gewalt und politische Instabilität. Das ist auch eine Folge des Golfkrieges.

Wir dürfen nicht schweigen angesichts des Leides und der Gewalt. Unsere erste Sorge darf nicht sein, wie wir in Zukunft bei Aktionen wie der am Golf militärisch mitmischen können. Unser oberstes politisches Ziel muß Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden für die Menschen auf der ganzen Welt sein. Hier liegt die zukünftige Hauptverantwortung für das geeinte Deutschland.

Unsere Demonstrationen für Frieden am Golf wurden von den Konservativen geschmäht. Ihnen fehlte der Mut zum Frieden. Jetzt stehen sie vor noch schwierigeren Situationen im Nahen und Mittleren Osten als vorher. Der Golfkrieg mag militärisch erfolgreich gewesen sein; politisch ist er es nicht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Versand
mit wasserfestem Klebkleber
Recycling-Papier



Deshalb dürfen wir nicht nachlassen in unseren Bemühungen um eine politische Lösung. Sie kann nur von denen kommen, die vor dem Golfkrieg warnten. Denn die Weisheit derer, die eine Militäraktion wollten, ist am Ende.

Wir dürfen gerade jetzt nicht schweigen; es wäre das Schlimmste, was wir tun könnten.

(-/3.April 1991/rs/fr)

Namen der EG-Subventionsbetrüger veröffentlichen
Zum Erfordernis den "Weißen Kragen"-Kriminellen das Handwerk zu erschweren

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Die Europäische Gemeinschaft muß entschlossener gegen Subventionsbetrüger vorgehen. Nach dem Jahresbericht der EG-Kommission ergaunerten Betrüger 1990 mindestens eine halbe Milliarde DM EG-Gelder. Dieser Zustand ist nicht länger hinzunehmen. Deshalb begrüße ich auch, daß die Niederlande angekündigt haben, ihre Mitte des Jahres beginnende EG-Ratspräsidentschaft dazu zu nutzen, diesen "Weiße Kragen-Betrüger" das Handwerk zu erschweren.

Aus meiner Sicht ist folgendes zu fordern:

1. Prinzipiell und vor allem auch im Hinblick auf den Welthandel und die GATT-Regien sollte auf Subventionen gänzlich verzichtet werden. Gerade dort, wo es darum geht, im Preis heruntersubventionierte Waren auf dem Weltmarkt unterzubringen, sind Kontrollen besonders schwer. Nach dem Motto 'Wo eine Dieberei möglich ist, findet sich auch ein Dieb' werden sich immer Täter finden. Bedenkt man darüber hinaus den Schaden, den die EG-Aktivitäten auf dem Weltagrarmarkt auslösen, sollte es uns um so leichter fallen, den Subventionsunsinn einzustellen.
2. Bis dahin müssen die Kontrollrechte der EG gestärkt werden. Beispielsweise sollte der Europäische Rechnungshof mit einer Task force neben den bisher allein zuständigen nationalen Behörden ermitteln. Es ist ein Unding, daß diese Aufgaben bisher - mit aus durchsichtigen Gründen unterschiedlichem Erfolg - ausschließlich von den nationalen Behörden wahrgenommen werden.
3. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, ob die Ermittlungsbefugnisse des Zoll ausreichen; bei den Rüstungsexporten hat es sich erwiesen, daß das herkömmliche Instrumentarium nicht griff.
4. Mit Nachdruck kritisiere ich, daß dem Europäischen Parlament in diesem Bereich ein Maulkorb umgebunden ist. Unser Haushaltskontrollausschuß befaßt sich regelmäßig mit diesen Agrarbetrügereien. Die EG-Kommission gibt dabei auch im Detail Auskunft, allerdings in nichtöffentlicher Sitzung! Das Parlament erhält die Auskünfte von der Kommission nur, wenn die Vertraulichkeit gewahrt bleibt. Beide Organe erscheinen so völlig zu Unrecht wie Komplizen der Betrüger. Damit muß Schluß sein.
5. Es ist nicht einzusehen, warum die Betrüger weiter vor der Veröffentlichung ihrer Namen geschützt sind. Ich fordere, die Bekanntgabe aller EG-Subventionsbetrüger.

Zum Hintergrund: Die EG-Kommission beziffert den Betrugsschaden für 1990 auf rund eine halbe Milliarde DM. Es handelte sich dabei nach EG-Angaben um 1.200 Betrugsfälle vor allem bei Agrarhilfen und Zollabgaben. Tatsächlich dürfte der Schaden für die Steuerzahler viel höher sein, weil in diese Statistik natürlich nur die bekannt gewordenen Fälle eingeflossen sind. Die Liste führt Italien mit einem Gesamt-Betrugsschaden von 220 Millionen DM, gefolgt von Deutschland (123), Großbritannien (50) und den Niederlanden mit 23 Millionen DM. In Luxemburg wurde kein einziger Betrugsfall ermittelt. (Ich erinnere jedoch daran, daß diejenigen Staaten, die Betrügereien am strengsten verfolgen, naturgemäß auch die meisten Betrugsfälle

nach Brüssel melden.) Noch gar nicht erfaßt sind die Betrügereien mit Strukturhilfen. Es ist also an der Zeit, schärfere Instrumente einzusetzen.

(-/3. April 1991/rs/fr)

Neue Länder brauchen ausreichende finanzielle Perspektive
Zu den Dispositionen des Finanzplanungsrates

Von Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Finanz-Senator der Freien und Hansestadt Hamburg

Mit dem Abschluß 1990 liegt die Wahrheit über die Steuermehreinnahmen auf dem Tisch. Gegenüber dem Jahr 1989 erzielte der Bund 4,8 Prozent mehr Steuern, die Länder dagegen nur 1,1 Prozent.

Der Bundesfinanzminister ist nicht bereit, die Konsequenzen aus der Fehleinschätzung beim Fonds Deutsche Einheit zu ziehen. Damals waren ein schnelles Wirtschaftswachstum und damit schnell steigende Steuereinnahmen erwartet worden. Deswegen nehmen die Raten des Fonds Deutsche Einheit von 35 Milliarden DM im Jahr 1991 auf zehn Milliarden DM im Jahr 1994 ab. Unter Experten besteht kein Zweifel, daß die Steuereinnahmen in diesem Maße nicht steigen werden. Die neuen Länder müssen daher für die nächsten Jahre mit sinkenden Gesamteinnahmen rechnen. Dazu kommt, daß die Fördermaßnahmen des Gemeinschaftswerks Ost sich nur auf 1991 und 1992 beziehen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es nicht akzeptabel, daß der Bundesfinanzminister entgegen den üblichen Regelungen des Finanzplanungsrates für die Jahre 1993 und 1994 keine Zahlen auf den Tisch legte. Investitionen laufen über mehrere Jahre. Die Länder und Gemeinden können zum Beispiel Investitionen nur beginnen, wenn sie wissen, daß ihnen auch die Mittel für die Raten in den Jahren 1993 und 1994 zur Verfügung stehen. Sie brauchen endlich Planungssicherheit. Die quälende Auseinandersetzung um die Finanzausstattung der neuen Länder, die mit dem Beschluß von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten für das Jahr 1991 erst im Februar diesen Jahres ein Ende gefunden hat, darf sich nicht wiederholen.

Die für das Jahr 1992 vorgelegten Zahlen machen deutlich, daß der Bundesfinanzminister über einen Betrag von etwa 15 Milliarden DM aus den geplanten Steuererhöhungen des Jahres 1991 noch nicht entschieden hat. Er hat weder eine Reduzierung der Kreditaufnahme noch eine entsprechende Zuweisung an die neuen Länder in seine Haushaltsplanung eingestellt. Es ist ein Mißbrauch der Bereitschaft zur Solidarität der Bevölkerung, wenn für etwa die Hälfte der Steuererhöhung nicht klar ist, wofür sie verwendet werden soll. Der Bundesfinanzminister muß umgehend deutlich machen, daß er diese Mittel für die neuen Länder einzusetzen bereit ist.

Gerade angesichts der hohen öffentlichen Defizite muß für Wirtschaft und Kapitalmärkte Klarheit über die zukünftige Ausrichtung der Finanzpolitik geschaffen werden. Dieses Ziel wurde in der gestrigen Sitzung verfehlt. Der Bund ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Er hat zur Vorbereitung der Beratungen nicht die notwendigen Zahlengrundlagen über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte vorgelegt; möglicherweise deshalb, weil der Bundesfinanzminister nicht zugeben will, daß sich in den nächsten Jahren schwerwiegende Ungleichgewichte zu Lasten von Ländern und Gemeinden abzeichnen.

Damit konnte der Finanzplanungsrat seine wesentliche Aufgabe nicht erfüllen: nämlich die Finanzplanung und die zukünftige Finanzpolitik zwischen den Finanzministern von Bund und Ländern sowie den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen, um damit eine Gleichklang in der Grundausrichtung der Finanzpolitik herzustellen.

Es ist zu verlangen, daß der Bund nunmehr zur planmäßigen Sitzung des Finanzplanungsrates im Mai seine Verpflichtungen nachkommt und zur Vorbereitung der Beratungen die erforderlichen kurz- und mittelfristigen Daten vorlegt.

(-/3. April 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Eine vorläufige Bilanz des Golfkrieges (Teil I)

Der nachfolgende Beitrag wurde von Mitgliedern der Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" verfaßt, die in einer von vielen Regionalgruppen an der Ruhr-Universität Bochum arbeiten. Namentlich daran beteiligt sind: Prof. Dr.-Ing. H. Herwig, G. Hornig, Dipl.-Phys. A. Kopp, Dr. rer.nat. A. Otto, M. Schinke, Dipl.-Ing. R. Span. Wir dokumentieren die Ausarbeitung in zwei Teilen.

Während der 42 Tage des Golfkrieges stieß die immer strikter wirkende Zensur aller öffentlichen Medien auf zunehmende Kritik. So wirkungslos alle spontanen Proteste blieben, so deutlich wuchs aber auch die Zuversicht, daß nach dem Krieg die volle Wahrheit ans Licht kommen würde. Diese Gewißheit beruhte auf der Vorstellung, daß nach dem Krieg die Wahrheit nicht mehr unterdrückt werden könnte, weil die Menschen sie hören wollen und weil die Medien nicht mehr daran gehindert werden könnten zu berichten, was geschehen ist.

Beides hat sich als offensichtlich falsch erwiesen. Wir wissen heute kaum mehr als am Tage des Kriegsendes, und es drängt sich der fatale Verdacht auf, daß viele von uns auch nicht mehr wissen wollen. Dabei geht es um die entscheidende Frage: Hat dieser Krieg gezeigt, daß Kriege noch "führbar" sind? Hatten also alle diejenigen unrecht, die behauptet hatten, (spätestens) in unserer hochzivilisierten und hochgerüsteten Welt könnten Kriege grundsätzlich nicht mehr als Mittel der Konfliktlösung eingesetzt werden? Die Antwort auf diese Frage kann einzig auf dem Hintergrund der Fakten erfolgen, die dieser Krieg geschaffen hat. Darum ist die Kenntnis dieser Fakten so außerordentlich wichtig. Nur vor dem Hintergrund des vergangenen Ereignisses kann es zum Beispiel zu einer rationalen Entscheidung kommen, wie sich die Bundeswehr in Zukunft in solchen Konflikten verhalten soll.

Wir haben deshalb versucht, aufgegliedert in vier Teilbereiche, diejenigen Tatsachen zusammenzutragen, die heute bekannt sind und gleichzeitig die Fragen zu stellen, auf die wir auch heute noch keine Antwort haben. Für die Faktensammlung mußten wir uns dabei auf allgemein zugängliche Quellen stützen. Im wesentlichen waren dies: "Frankfurter Rundschau", "Spiegel", "Time Magazin", "The Guardian", "Nature", "Greenpeace-Magazin", sowie die Materialsammlung der "Radiogruppe Gegenöffentlichkeit" in Göttingen, die systematisch Nachrichten internationaler Rundfunksender gesammelt hat.

Durchgehend stießen wir dabei auf ungenaue und zum Teil widersprüchliche Angaben. Da heute aber kein verlässlicheres Zahlenmaterial zur Verfügung steht, bleibt nur die Möglichkeit, vorhandene Angaben sorgfältig untereinander zu vergleichen und Widersprüche dort aufzuzeigen, wo sie offensichtlich sind.

Opfer: Tote und Verletzte

Eine Bestandsaufnahme des Krieges am Golf muß sich notwendig mit dessen Opfern, deren Zahl und der Art der Kriegsführung beschäftigen, auch wenn dieses statistische Material nicht geeignet ist, das Grauen des Krieges anschaulich und begreifbar zu machen.

Im Golfkrieg standen sich insgesamt über eine Million Soldaten gegenüber: mehr als 705.000 Alliierte (mit einem Anteil von 527.000 US-Amerikanern) und vermutlich etwa 560.000 Irakis in 42 Divisionen. Nach unterschiedlichen alliierten Schätzungen starben in dem Krieg 80.000 bis 150.000 irakische Soldaten, 60.000 bis 175.000 kamen in Gefangenschaft. Von irakischer Seite gab es hierzu keine Angaben. Die Opfer des alliierten Truppen konnte sehr detailliert mit 162 Toten, 288 Verwundeten und 49 Vermißten angegeben werden. Nach dem Krieg gab es über die Opfer in der irakischen Zivilbevölkerung weder von irakischer noch von alliierter Seite Angaben, so daß hier die Weltöffentlichkeit eine wesentliche Tatsache vorenthalten wird und wohl auch vorenthalten werden soll. Um sich vom Ausmaß des Grauens ein Bild zu machen, kann man versuchen, Art und Anzahl der Angriffe gegenüberzustellen:

Der Irak feuerte insgesamt 82 Scud-Raketen ab, davon knapp die Hälfte auf Israel. Die offizielle Bilanz nennt fünf Todesopfer. Nicht berücksichtigt ist hierbei der Angriff auf eine US-Kaserne, der 28 Todesopfer und 99 Verletzte forderte. Die Ziele der Alliierten waren strategisch wichtige Ziele im Irak, vor allem in den Bevölkerungszentren (knapp ein Viertel der 17,6 Millionen Irakis leben Bagdad). Neben offensichtlich militärischen Zielen gab es auch Angriffe auf Industrieanlagen und Wohngebiete, in denen militärische Einrichtungen, vermutet wurden. Den 82 irakischen standen etwa 110.000 alliierte Angriffe gegenüber. Diese Anzahl, die mitgeführte Bombenlast, sowie die Tatsache, daß kaum Schutzraum für die irakische Zivilbevölkerung vorhanden war (die wenigsten Häuser waren unterkellert), lassen darauf schließen, daß die Anzahl der zivilen Todesopfer die des Militärs übersteigt. Die Zahl der Verletzten dürfte noch um ein Mehrfaches darüber liegen. Daß vor der häufig zitierten "chirurgischen" Vorgehensweise kaum die Rede sein kann, verdeutlichen zum einen die Bombardierung der fliehenden, fast wehrlosen Soldaten auf der Straße zwischen Kuwait und Basra - tausend ausgebrannte Fahrzeuge auf 1,5 km Länge zeugen davon -, zum anderen die Zerstörungskraft der eingesetzten Waffen:

- Splitterbomben vom Typ BLU-82, die aufgrund ihres Gewichtes von sieben Tonnen aus Transportflugzeugen abgeworfen wurden,
- Benzinbomben vom Typ BLU-78, die durch die erzeugte Druckwelle auf die Lunge eine noch grausamere Wirkung als Giftgas haben,
- 9000 kg schwere "Megabomben", von US-Schlachtschiffen abgefeuert (zum Vergleich: schon eine 225 kg-Bombe reißt einen Krater von elf Meter Tiefe und 16 Meter Durchmesser).

Dagegen wurden lasergesteuerte Präzisionswaffen nur in zehn bis 15 Prozent der Einsätze verwendet, von britischer Seite werden zudem Fehler und Mängel gemeldet. Und auch, wo Präzisionswaffen ihr Ziel mit "chirurgischer" Genauigkeit trafen, starben aufgrund ungenauer Aufklärung hunderte Zivilisten, wie der Angriff auf den Bunker in Bagdad zeigt, der lange Zeit im Mittelpunkt des Medieninteresses stand.

Die Folgen sind nicht absehbar: Hungersnöte, Epidemien, psychologische Schädigungen, insbesondere der Kinder. Die völlig zerstörte Infrastruktur läßt weder eine medizinische Versorgung noch eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln zu. In einer Zwischenbilanz wurden von 5.000 Toten infolge mangelnder Versorgung, eine weitere Quelle berichtet von 3.000 Säuglingen, die durch fehlende Babynahrung starben. Darüberhinaus stellen sich längerfristig die Probleme extremer Massen-Arbeitslosigkeit und Flüchtlingsehend.

Es bleiben offene Fragen:

- Was ist im Irak tatsächlich passiert, wieviele Opfer sind zu beklagen an Toten und Verletzte, sowohl beim Militär als auch bei der Zivilbevölkerung?
- Wie ist der Zustand in den Städten, wie groß sind die Zerstörungen?
- Wie hoch ist die Anzahl der toten und verschleppten Kuwaitis und Ausländer in Kuwait?

Kosten: Zerstörungen und wirtschaftliche Verluste

Wie in anderen Bereichen wurden für die tatsächlichen Kriegs- und Folgekosten entweder unterschiedliche Angaben oder nur grobe Schätzungen veröffentlicht. Eine vorläufige Gesamtbilanz der Kosten wurde der breiten Öffentlichkeit bislang nicht mitgeteilt und kann hier auch nur unter Mindestabschätzungen gezogen werden, wobei Folgekosten nur geschätzt werden können.

Den geringeren Anteil der wirtschaftlichen Verluste machen die direkten Kriegskosten der Alliierten und des Iraks aus. Dabei beziffern die USA ihre Kosten für die Operationen Wüstensturm und Wüstenschild auf etwa 70 Milliarden US-Dollar, wobei etwa 18 Milliarden von den USA selbst getragen werden sollen. Für den Rest liegen Übernahmezusagen aus Saudi-Arabien (17 Milliarden), Kuwait (16 Milliarden), Japan (10,7 Milliarden), der Bundesrepublik (6,6 Milliarden),

und weiteren Staaten vor. In diesen Zahlen nicht enthalten sind eigene Kriegskosten von Alliierten, die selbst direkt am Krieg beteiligt waren (Frankreich, Großbritannien, Saudi-Arabien, Ägypten und weitere). Auch der Bundesrepublik entstehen zusätzlich zu der Beteiligung an den US-amerikanischen Kosten weitere Kosten in Höhe von mehr als vier Milliarden US-Dollar durch Geld- und Sachleistungen an andere Alliierte oder durch den Krieg betroffene Staaten. Irakische Angaben für den Bereich der direkten Kriegskosten wurden nicht bekannt.

Ein weitaus höherer Betrag als diese direkten Kriegskosten ist für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in Kuwait und dem Irak zu erwarten. Für Kuwait werden die Kosten des Wiederaufbaus auf 100 bis 200 Milliarden US-Dollar geschätzt. Kuwait selbst hat bei der UN Forderungen von 100 Milliarden US-Dollar geltend gemacht, worin noch nicht laufende Verluste durch das brennende Öl enthalten sind. Bei einem Förderverlust von drei bis vier Millionen Barrel Öl pro Tag werden finanzielle Verluste auf etwa 80 bis 120 Millionen US-Dollar täglich geschätzt. Selbst wenn die Ölbrände in durchschnittlich zwei Jahren gelöscht werden, summieren sich diese Verluste auf etwa 50 bis 100 Milliarden US-Dollar. Diese Summe könnte deutlich größer werden, falls die Brände der Ölquellen zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Effizienz der Ausbeutung der Lagerstätten führt.

Für den Irak ist das Ausmaß der Zerstörungen noch völlig unklar. In einem UN-Bericht wird von apokalyptischen Zuständen und vorindustriellen Verhältnissen gesprochen. Der Irak selbst hat während des Krieges die Zerstörungen mit 200 Milliarden US-Dollar beziffert. Diese Zahl scheint angesichts von mehr als 100 Tausend alliierten Einsätzen gegen militärische und industrielle Einrichtungen als durchaus realistische Größenordnung. Auch für den Irak muß man annehmen, daß der Großteil der Ölförderanlagen zerstört wurde, obwohl keine Informationen über Brände von Ölquellen vorliegen. Angesichts der Zerstörung der irakischen Industrie scheint die Diskussion um Reparationsforderungen, die der Irak selbst bei funktionierender Infrastruktur nur in Zeiträumen von einigen zehn Jahren hätte einlösen können, eher rhetorisch. Daher wird man auch die irakischen Vorkriegsschulden von etwa 80 Milliarden Dollar als Kriegsverluste ansehen müssen.

Diese vorläufigen Abschätzungen lassen Gesamtkosten in Höhe von wenigstens 500 Milliarden US-Dollar erwarten. Ein Beitrag dieser Größenordnung, der etwa 40 Prozent der gesamten Auslandsschulden der Dritten Welt ausmacht, wird auch weltwirtschaftliche Folgen haben. Dabei enthält diese Bilanz zahlreiche Unwägbarkeiten, die die Kosten erhöhen und im Detail für die Betroffenen weitere schwerwiegende Folgen haben können. Eine Erhöhung des Weltzinsniveaus aufgrund des zusätzlichen Kapitalbedarfs könnte gerade für den Schuldendienst der Länder in der Dritten Welt verhängnisvoll sein. Schon jetzt hat der Krieg Auswirkungen auf den Handel in der Golfregion, von denen zum Beispiel Jordanien oder die Türkei betroffen sind. Einige Millionen Gastarbeiter mußten in ihre Heimatländer zurückkehren mit der Folge einer erhöhten Arbeitslosigkeit und den entsprechenden sozialen Auswirkungen. Nicht zuletzt wird der Krieg verheerende Ausfälle in der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben, dadurch, daß zum Beispiel nicht bewässerte Böden im Irak versalzen und als Nutzfläche ausfallen oder Böden in der betroffenen Region durch giftige Niederschläge des schwarzen Regens unbrauchbar werden.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-/3.April 1991/rs/fr)
